

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Das WIR entscheidet!“ Das ist das Signal des **SPD-Parteitages** letzten Sonntag in Augsburg. Wir brauchen für unser Land mehr Politik für das Gemeinwohl und weniger Egoismus. In einer starken Rede hat Peer Steinbrück deutlich gemacht, was sozialdemokratische Politik für das konkrete Leben der Menschen in unserem Land bedeutet – beim Mindestlohn, bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit, bei der Mietpreisbremse, bei der Rente. Deutschland muss besser und gerechter regiert werden. Politik kann verändern und muss verändern. Deswegen müssen wir die Regierung Merkel, die unser Land nur verwaltet, aber nicht gestaltet, endlich abwählen!

Die Medien haben den Parteitag positiv aufgenommen – auch wenn sonst immer wieder vermeintliche Skandale hochgekocht werden. Wie die Presse mit der SPD und Peer Steinbrück umgeht, hat der Grafiker, Verleger und Genosse Klaus Staeck in einer Kolumne in der Frankfurter Rundschau sehr deutlich analysiert: Aus einem vollkommen normalen Termin wird ein Skandal rausgesucht, die Bild-Zeitung berichtet darüber – und alle anderen machen mit. Die sehr lesenswerte Kolumne finden Sie unter <http://www.fr-online.de/meinung/kolumne-zu-steinbrueck-das-turnstundenkomplott,1472602,22336464.html>.

In dieser Woche wurde im Bundestag über die Finanzhilfen **für Zypern** abgestimmt. Es gab zwei Abstimmungen dazu: Zum einen ging es um einen Grundsatzbeschluss des Gouverneursrates des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), dass Finanzhilfen gewährt werden sollen. Zum anderen wurde über den Programmbeschluss mit den detaillierten Regelungen für die Finanzhilfen abgestimmt. Ich habe in der ersten Abstimmung mit „ja“ gestimmt, da ich grundsätzlich der Überzeugung bin, dass man den in



Berlin-Brief, Ausgabe 137
19. April 2013

Meine Termine

Meisterfeier Handwerkskammer Heilbronn-Franken
19.4.2013, 18 Uhr, Heilbronn, Harmonie

Eröffnung: Kunst aus Osteuropa
20.4.2013, 14 Uhr, Heilbronn, Deutschhofkeller

Sitzungswoche des Bundestages
22. - 26.4.2013, Berlin

Ortsvereins- und Kreisvorsitzendenkonferenz der SPD Baden-Württemberg
27.4.2013, 9 Uhr, Filderstadt, Filharmonie

DGB-Demo zum 1. Mai
1.5.2013, 10.30 Uhr, Heilbronn, Gartenstraße / Ecke Karlstraße

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Schwierigkeiten geratenen Staaten unter die Arme greifen muss und den Euro nicht aufgeben darf. Bei der zweiten Abstimmung zum konkreten Programm, in dem die Bedingungen definiert sind, die Zypern als Gegenleistung erfüllen muss, habe ich mit „nein“ gestimmt. Denn diese Bedingungen sind nicht zielführend: Es geht nur ums Sparen. Es gibt kein Konzept, wie die zypriotische Wirtschaft aufgebaut und wie die steigende Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Wir hätten aus den Erfahrungen in Griechenland und Portugal lernen müssen, dass wir dringend ein wirtschaftliches Konzept für die Krisenländer benötigen - das hat Kanzlerin Merkel nicht verstanden!

Europa braucht mehr als nur Sparen und abwertende Bemerkungen über die Menschen in den Krisenländern. Europa kann nicht gesunden, wenn das einzige Rezept Einschnitte zu Lasten der Mittelschichten und der Zukunftsinvestitionen sind. Die Ursache der europäischen Krise ist nicht eindimensional die Staatsverschuldung, sondern liegt besonders in unregulierten Finanzmärkten und maroden Banken, die Staatshaushalte und Steuerzahler belasten. Die SPD hat schon einiges durchgesetzt, um hier zu mehr Regulierung zu kommen – die Finanztransaktionssteuer, den Kampf gegen Steueroasen, die Jugendgarantie gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die Bundesregierung macht hier jedoch deutlich zu wenig: Ein Grund mehr, Peer Steinbrück im September zum Kanzler zu wählen und damit ganz Europa eine neue Perspektive zu geben!

Eine weitere wichtige Abstimmung gab es in dieser Woche zur **Frauenquote**. Zu wenige Frauen steigen in unserer Wirtschaft in Führungspositionen auf. Deshalb brauchen wir – nach mehr als einem Jahrzehnt erfolgloser Selbstverpflichtung der Unternehmen – eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Die Frage wurde lange genug vertagt. Wir wollen jetzt den Einstieg in wirkliche Chancengleichheit. Auch zahlreiche Frauen und CDU und CSU haben die Quote gefordert und hatten angekündigt, im Bundestag für die SPD-Initiative zu stimmen. Die CDU-Führung hat daraufhin in Panik auf ihr kommenden Wahlprogramm verwiesen und kündigt eine Quote für 2020 an. Die Frauen in der Union sollen damit geködert werden, den Mund zu halten und nicht für die Quote zu stimmen. Damit wurde eine große Chance verpasst, unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu modernisieren – denn es besteht eine breite gesellschaftliche Mehrheit für eine Quote. Die Regierung Merkel blockiert den notwendigen gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Land.

An dieser Stelle möchte ich aufmerksam machen auf den **Deutschen Engagementpreis**, der jährlich vergeben wird. Damit wird herausragendes bürgerschaftliches Engagement ausgezeichnet. Herausragende Projekte können bis zum 12. Juni unter <http://www.deutscher-engagementpreis.de/> vorgeschlagen werden.

Mit freundlichen Grüßen

